

Antrag 65/II/2023
Abt. 06/10 Dahlem (Steglitz-Zehlendorf)
Der Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Erledigt durch 60/II/2023 (Konsens)

Menschenwürdige Bedingungen für Menschen auf der Flucht sichern – Verschärfung des Asylrechts verhindern

1 Die Situation für Menschen auf der Flucht an den eu-
2 ropäischen Außengrenzen ist schon lange unhaltbar: es
3 gibt keine sicheren Fluchtrouten und es kommt immer
4 wieder zu illegalen Pushbacks. Wer es doch schafft in
5 die EU zu gelangen, wird in Camps an den Außengren-
6 zen häufig monatelang festgehalten und die meisten EU-
7 Mitgliedstaaten weigern sich, sich an der Aufnahme von
8 Geflüchteten zu beteiligen. Eine Reform des gemeinsa-
9 men europäischen Asylsystems (GEAS) ist also überfällig.
10
11 Eine solche Reform muss jedoch eine Verbesserung für die
12 Schutzsuchenden bedeuten und darf nicht zu Lasten ih-
13 rer Rechte gehen! Die im sogenannten Asylkompromiss
14 der EU-Innenminister:innen vorgesehenen neuen Grenz-
15 verfahren an den EU-Außengrenzen und die Ausweitung
16 der Drittstaatenregelungen sind jedoch humanitär unver-
17 antwortlich und greifen das individuelle Recht auf Asyl
18 massiv an.
19
20 Zentral ist der Vorschlag, einen Teil der Asylverfahren
21 künftig direkt an der EU-Außengrenze durchzuführen. Das
22 bedeutet, dass Menschen gegebenenfalls bis zu einem
23 halben Jahr in Lagern leben müssten, die sie nicht ver-
24 lassen können. Im Gegenzug sollen EU-Staaten verpflich-
25 tet werden, den Außenstaaten zumindest einen kleinen
26 Teil der Flüchtlinge abzunehmen oder sich mit Geldzah-
27 lungen „freizukaufen“. Außerdem soll die Zahl der „siche-
28 ren Drittstaaten“ ausgeweitet werden. Der Asylantrag von
29 Menschen, die aus einem solchen Land kommen, könnte
30 dann bereits im Grenzverfahren als offensichtlich unbe-
31 gründet abgelehnt werden. Sie könnten nur in Ausnahme-
32 fällen noch Asyl in einem EU-Land erhalten und würden
33 direkt aus den Lagern heraus in das Drittland abgeschob-
34 en. Damit bleibt das rechtsstaatliche Prinzip der Einzel-
35 fallprüfung im Asylverfahren zwar auf dem Papier erhal-
36 ten, wird praktisch jedoch massiv eingeschränkt.
37
38 Fraglich ist darüber hinaus, wie in den schnell durch-
39 zuführenden Grenzverfahren der Zugang zur Rechtsmit-
40 teln wie etwa einem Rechtsbeistand sowie ein faires Ver-
41 fahren garantiert werden soll. Nach den Plänen der EU-
42 Innenminister:innen sollen die Verfahren in der Regel in-
43 nerhalb von 12 Wochen abgeschlossen werden und das
44 Einlegen von Rechtsmitteln keine aufschiebende Wirkung
45 für eine Abschiebung mehr haben.
46
47 Dieser sogenannte Kompromiss ist damit eine Absage
48 an die praktische Geltung der Menschenrechte in vielen

49 Fällen. Der Umgang der EU-Außengrenzländer mit Ge-
50 flüchteten im Rahmen des bisherigen Asylsystems hat be-
51 reits gezeigt, dass an den Außengrenzen illegale Push-
52 backs und andere Menschenrechtsverletzungen stattfin-
53 den. Der Zugang zu den Sammelunterbringungen wur-
54 de sowohl parlamentarischen Beobachter:innen als auch
55 Rechtsbeiständen immer wieder verwehrt. Beteuerun-
56 gen, dass dies in Zukunft bei institutionalisierten Camps
57 und beschleunigten Verfahren besser werden soll, er-
58 scheinen vor diesen Erfahrungen extrem fragwürdig. Ei-
59 ne solidarische Asylpolitik in Deutschland und Europa,
60 die sich an Menschenrechten orientiert und eine sichere
61 Flucht und echten Schutz ermöglicht, sieht anders aus.

62

63 Es ist deshalb dringend notwendig, in Deutschland und
64 Europa Druck auf die Bundesregierung und das EU-
65 Parlament auszuüben, um den vorliegenden Entwurf in
66 den anstehenden Trilog-Verhandlungen abzulehnen und
67 sich für konkrete Nachbesserungen einzusetzen, für eine
68 humane, solidarische Asylpolitik in Deutschland und Eu-
69 ropa, die sich an Menschenrechten orientiert und Flucht-
70 ursachen nachhaltig entgegenwirkt.

71

72 Die SPD Berlin kritisiert den sogenannten Asylkompro-
73 miss und ruft die Bundesregierung und das Europäi-
74 sche Parlament dazu auf, sich im anstehenden Trilog-
75 Gesetzgebungsverfahren für folgende deutliche Nachbes-
76 serungen einzusetzen. Sollten diese Änderungen nicht
77 umgesetzt werden, ist die Reform abzulehnen.

78 1. Keine Grenzverfahren: Nach dem Ratsvorschlag sol-
79 len Zulässigkeitsprüfungen für Asylverfahren an den EU-
80 Außengrenzen eingeführt werden. Asylgesuche können
81 dann aus verschiedenen Gründen schon formal abgelehnt
82 werden, eine Prüfung der individuellen Asylgründe findet
83 nicht statt. Die Gruppe an Menschen, deren Asylgesuch an
84 der EU-Außengrenze auf Zulässigkeit geprüft werden soll,
85 wird laut Entwurf massiv ausgeweitet, die Kriterien für
86 Zulässigkeit stark verschärft. Der Entwurf sieht nur noch
87 eine grobe Kategorisierung vor, ob Personen Zugang zum
88 ordentlichen Asylverfahren bekommen sollten. Gleichzei-
89 tig sind Verfahrensrechte in diesen beschleunigten Grenz-
90 verfahren stark eingeschränkt. Ein Großteil der Asylgesu-
91 che würde ohne ein ordentliches Asylverfahren direkt ab-
92 gelehnt.

93

94 Diese Verfahren unter haftähnlichen Zuständen an den
95 EU-Außengrenzen lehnen wir ab.

96

97 Reguläre Asylverfahren müssen in den EU-
98 Mitgliedsstaaten unter Wahrung eines ausreichenden
99 Zugangs zu Rechtsmitteln und würdiger Unterbringung
100 stattfinden. Der Umgang mit schutzsuchenden Kindern
101 und Jugendlichen erfordert dabei besondere Sensibilität.

102

103

104 2. Kein Freikaufen unsolidarischer Länder: Mitgliedsstaaten können sich als Teil des Kompromisses von einer Aufnahme Schutzsuchender freikaufen. Wir lehnen diesen Freikauf-Mechanismus vollumfänglich ab.

108

109 3. Menschenrechtsverstöße müssen konsequent verfolgt und geahndet werden: Wir fordern, EU-Mittel und Ressourcen für Mitgliedsstaaten, die Pushbacks und gewaltsame Übergriffe gegen Schutzsuchende durchführen oder tolerieren, zurückzuhalten. Verwicklungen der Grenzschutzagentur Frontex in illegale Pushbacks und sogenannte Pullbacks müssen konsequent aufgearbeitet und verfolgt, Frontex tiefgreifend reformiert werden.

117

118 4. Wir lehnen das Konzept "sicherer Drittstaaten" grundsätzlich ab. Mindestens aber muss das Konzept im Ratsentwurf an folgenden drei Punkte nachgebessert werden:

121

122 • Laut Rats-Entwurf kann ein Mitgliedsland Staaten als „sichere Drittstaaten“ bestimmen, die Vertragspartei der Genfer Flüchtlingskonvention sind oder anderen „effektiven Schutz“ bieten. Die Anforderungen zu „effektivem Schutz“ dürfen nicht gesenkt werden.

128 • Laut Entwurf würde jeder Mitgliedsstaat selbst über „sichere Drittstaaten“ entscheiden. Wenn solche festgelegt werden, müssen dafür allerdings EU-weit einheitliche Kriterien gelten.

132 • Es muss ausgeschlossen werden, dass Staaten Menschen in Länder zurückführen, zu denen ihr einziges „Verbindungselement“ die Durchreise ist.

135

136 5. Rechtsschutz im Grenzverfahren und aufschiebende Wirkung stärken: Ein Widerspruch gegen eine ablehnende Asylentscheidung im Grenzverfahren hat keine automatische aufschiebende Wirkung. Die aufschiebende Wirkung gilt im Grenzverfahren im Grundsatz nicht. Im Triolog sollte in der Asylverfahrensverordnung der Anspruch auf aufschiebende Wirkung verankert werden. Wer sich in den Asylgrenzverfahren befindet, braucht freien und unkomplizierten Zugang zu rechtlichem Beistand. Neben einem Rechtsanspruch darauf müssen auch die praktischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, zum Beispiel durch ständige Anwesenheit von Rechtshilfeorganisationen und Dolmetschung.

149

150 6. EU-Rettungsmission etablieren: Tausende von Menschen sind im Mittelmeer bereits ertrunken. Ein finaler Beschluss muss eine EU-Rettungsmission auf die Beine stellen, um endlich das Sterben zu stoppen. Die zivile Seenotrettung muss gestärkt werden.

155

156 7. Mehr legale Fluchtwege ermöglichen: Die Richtlinie
157 über den langfristigen Aufenthalt und die Richtlinie über
158 die kombinierte Erlaubnis müssen umfassend überarbei-
159 tet werden und Eingang in das GEAS finden. Zusätzlich
160 braucht es endlich sichere Fluchtwege auch für Schutzsu-
161 chende, damit diese nicht über das Mittelmeer oder die
162 Balkanroute in die Arme von Schleppern getrieben wer-
163 den und ihr Leben riskieren müssen.